

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Israel

Juniper Cobra 2020

Anfangs März trainierten die Israel Defense Forces (IDF) zusammen mit dem United States European Command (EUCOM) anlässlich der zweijährlich stattfindenden Übung «Juniper Cobra». Vom 3. bis zum 13. März ging es zum zehnten Mal darum, mehr als 2500 US-Truppen in Israel,

den EUCOM-Stäben in Europa und den USA in der Stärkung der Zusammenarbeit, der gemeinsamen (Verteidigungs-)Koordination und des gegenseitigen Wissensaustausches, sowie – anlässlich des praktischen Teils der Übung – der Verbesserung der Raketenabwehr und der gemeinsamen Luftverteidigung zu trainieren. Vor Ort wurden 1000 Solda-

ten der IDF mit 600 GI's verstärkt. Das Szenario entwickelte die Israelische Armee so, dass US-Truppen in den Nahen Osten projiziert wurden, um dort gemeinsam mit den Israelis im eigenen Land diverse Bedrohungslagen zu bewältigen. Da es vornehmlich um Raketenangriffe auf verschiedene Landesteile ging, galt ein besonderes Augenmerk auf

den BODLUV-Systemen Arrow 2 und Arrow 3. Zusammen mit einem upgegradeten Iron Dome und der David-Sling standen die fortschrittlichsten Systeme bereit, welche die IDF derzeit zu bieten hat. Zudem kam das «Ballistic Imaging Management Center» zusammen mit dem Homefront Command zum Einsatz. Ersteres unterstützt mittels computerbasierter Bildverarbeitung die forensische Identifizierung von diversen gegnerischen Waffensystemen. Eine gleichzeitig stattfindende Übung namens «Eagle Genesis» wurde aufgrund des Coronavirus abgesagt, laut US-Sprechern aus Vorsicht, da mehrheitlich Truppen aus Italien nach Israel rotiert wären.



Übungsleitung vor dem IDF Luftabwehr-Arsenal.

Bild: EUCOM

Litauen

Kampf gegen Propaganda

Die Lage sei ernst. Linas Linkevičius, der Aussenminister Litauens, fand anfangs März klare Worte, als er auf seinem Staatsbesuch in Kanada ebendort um Hilfe bat. Er verlangte, dass Kanada noch stärker im Baltikum auftritt und dabei den Kampf gegen die sogenannten «russischen Desinformationskampagnen» noch stärker unterstützt. Nur, aktuell über 600 kanadische Soldaten, die sich seit 2017 im Auftrag der NATO in Litauen befinden, können gegen die von Russland angezielte Propagandaschlacht wenig ausrichten. Doch um was geht es? Seit der Krim-Annexion übt sich der Kreml gezielt darin, die Geschichtsschreibung bewusst zu verändern. Derzeit besonders – im Vorfeld der 75 Jahre Feierlichkeiten zum Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland – mittels Weichzeichnen der eigenen Sowjetvergangen-

heit speziell im Baltikum, das nach der Befreiung von den Nazis jahrzehntelang unter dem Eisernen Vorhang litt. In diesem Zusammenhang nannte Linkevičius den Vorschlag



Bild: Wikimedia Commons

Beunruhigt: Linas Linkevičius.

des russischen Präsidenten Putins an die Adresse Polens von letztem Dezember. Damals wollte Putin, dass Warschau eine explizite Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg übernimmt, denn Polen hätte 1938 an der Zerstückelung der Tschechoslowakei mitgewirkt. Der Sprecher der Duma

verlangte zudem eine polnische Entschuldigung für den Kriegsbeginn. Polens Präsident Duda gab sich konsterniert: «Putins Worte sind eine totale Verzerrung der historischen Wahrheit. Das ist nichts anderes als poststalinistischer Revisionismus.» Ob es sich dabei um die von seinem litauischen Pendant bezeichnete «propagandistische hybride Kriegsführung» handelt, war für Duda irrelevant. «Einzig zählt, dass die historische Lüge von den Russen weltweit verbreitet wird. Das ist inakzeptabel.» Deshalb brachte sich auch die EU-Kommission ins Spiel. Justizkommissarin Vera Jourova meinte – unter Verweis auf den Hitler-Stalin-Pakt, dass man wohl «ein Recht auf eigene Meinung hätte, aber nicht auf eigene Fakten. Und ihre Rolle sei, über Fakten zu sprechen. Deshalb werden sämtliche Versuche, die Opfer als Täter darzustellen oder die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu verfälschen, aufs schärf-

te zurückgewiesen.» Das Problem, Putin legt die Tatsachen einfach nach Gutdünken neu aus und präsentiert damit eine selektive Wahrnehmung einer eigenen Vergangenheit. Was in der Ukraine funktioniert hat und über lange Zeit in Syrien Erfolge erzielte, teilweise auch bis in die USA reichte, wird nun im Baltikum auf die Probe gestellt. Litauen zählt deshalb seit 2016 auf seine Verbündeten. Unter dem NATO-Banner der «Enhanced Forward Presence» bleibt eine multinationale Kampfgruppe bis auf weiteres im litauischen Rukla stationiert. Zudem befinden sich derzeit mehrere hundert US-Soldaten im Land, um die Verteidigung der so genannten Suwalki-Lücke, der Grenze zu Polen, zu trainieren. Für Linkevičius ein starkes Zeichen, denn es dürfe nie wieder geschehen, was geschehen war und «es dürfe weder was früher war, noch was morgen sein könnte, legitimiert werden.»

Kosovo

Direktflüge, Strasse und Bahn nach Serbien?

Am 14. Februar beurkundeten die Präsidenten Serbiens und des Kosovo gegenseitig zwei Transportabkommen. Ein Meilenstein für beide Länder. Es geht um den Eisenbahnkorridor Belgrad-Pristina sowie die Fertigstellung der Autobahnverbindung zwischen den Hauptstädten. Bereits seit einigen Monaten finden Direktflüge zwischen den Flughäfen «Adem Jashari» und «Nikolai Tesla» statt. Erstmals seit Beginn des Kosovokriegs im Jahr 1998. Hashim Thaçi, Präsident des Kosovo erklärte feierlich: «Dies ist wahrlich ein grosser diplomatischer Schritt für unsere Länder hin zu einem endgültigen Friedensabkommen.» Besonders, weil Serbien seinen südlichen Nachbarn – der sich 2008 unabhängig erklärte – immer noch nicht anerkennt. Ebenfalls, weil seit her beinahe keine Regierung es verpasste, weiterhin Öl ins

Feuer zu giessen. Letztmals unter dem Regierungschef Ramush Haradinaj, welcher noch Ende November 2018 100% Zollzuschläge auf sämtliche aus Serbien importierten Produkte erheben liess. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić vermeldete deshalb per Regierungserklärung, dass die Transportabkommen äusserst wichtig seien, denn sie regeln den Verkehr von Waren, Kapital und Dienstleistungen. Aber besonders erlauben Sie es der Bevölkerung, sich freier zu bewegen. Die beiden Staatsoberhäupter haben deshalb Mitte Februar anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz und im Beisein des ehemaligen Sondergesandten des US Präsidenten, Richard Grenell, die notwendigen Verträge unterzeichnet. Als Wermutstropfen bleibt, dass die neue, seit Anfang Februar im Amt stehende kosovarische Regierung noch am gleichen Tag die Gültigkeit der Abkommen in Frage stellte. Diese seien nämlich vom ehemaligen



Grenell (Mitte) flankiert von Thaçi, (l.) und Vučić (r.) bei der Unterzeichnung in München. Bild: US-Botschafterin Yuri Kim

Infrastrukturminister ausgehandelt worden. Eine Autorisierung stehe derzeit nicht zur Debatte. Der ganze Prozess sei nicht transparent, die Abkommen nicht einmal öffentlich einsehbar. Albin Kurti, der neue Premier im Kosovo stellt deshalb klar: «Diese Papiere sind einzig eine Absichtserklärung ohne genauere Details, ich habe sie auch nicht gesehen. Besonders die Finanzierung ist fraglich und nicht verfassungsgemäss. Und ich habe

den Verträgen auch nicht zugestimmt.» Immerhin, anfangs März ging Kurti seinerseits einen Schritt auf Serbien zu, indem er die Aufhebung der Zölle in Aussicht stellte, sollte sich Belgrad dazu bereit erklären, dem Kosovo mehr Eigenständigkeit zuzugestehen. Damit wäre dann auch – Curtis erklärtes Ziel – der Zugang zu internationalen Körperschaften wie diversen UNO-Organisationen für den Kosovo möglich.

USA

Boeing baut Kampfhelikopter

Die Armee der Vereinigten Staaten von Amerika sucht einen leichten, bewaffneten Aufklärungs- und Kampfhubschrauber als Nachfolger für die Bell OH-58 Kiowa Warrior – die bereits ausgemustert ist – und hat dafür den FARA-Wettbewerb (Future Attack Reconnaissance Aircraft) gestartet, an dem sich mehrere Hersteller beteiligen.

Boeing hat nun seinen Kandidaten vorgestellt. Boeings Entwurf für den FARA-Wettbewerb ist ein einmotoriger Helikopter mit einem Sechsbblatt-Hauptrotor, einem konventionellen Heckrotor und einem Druckpropeller im Heck. Ein Lufteinlauf für das Trieb-

werk ist nur auf der rechten Rumpfseite des Hubschraubers vorgesehen.

Äusserlich wirkt er dadurch weniger futuristisch als andere FARA-Kandidaten, aber



Boeing-Kampfheli, Entwurfsbild Bild: Boeing

seine Qualitäten liegen auch in den Systemen des Fluggerätes, das sowohl bemannt als auch teilautonom fliegen kann. Das zweiseitige Cockpit wird von einem grossen, einteiligen Display dominiert, das missions- und situationsspezifisch konfiguriert werden kann.

Der Helikopter wird mit einer Fly-by-wire-Steuerung ausgerüstet sein und verfügt über die neuesten Systeme zum Austausch von Daten in Echtzeit. Der Hubschrauber soll aber auch über mehr als leichte Bewaffnung verfügen, er

soll ebenfalls als Plattform für weitreichende Waffen der US-Armee dienen, teilte Boeing mit.

Der FARA-Wettbewerb (Future Armed Reconnaissance Aircraft) wurde gestartet, um bis 2028 einen neuen bewaffneten Aufklärungshubschrauber für die US-Armee zu finden. Derzeit haben fünf Firmen beziehungsweise Konsortien Angebote im Rahmen des FARA-Wettbewerbs unterbreitet. Dabei handelt es sich um die AVX Aircraft, Bell, Boeing, Karem Aircraft und Sikorsky Aircraft. Es ist geplant, dass zwei Wettbewerber in diesem Jahr einen Auftrag für den Bau ihres Prototyps erhalten, die sich 2023 bei einer Evaluierung durch die Armee beweisen müssen.

USA

Aufarbeitung des Afghanistan-Kriegs

Der Internationale Strafgerichtshof hat den Weg für Ermittlungsverfahren zu mutmasslichen Kriegsverbrechen in Afghanistan freigemacht. Die Richter in Den Haag urteilten, dass auch Ermittlungen gegen US-Soldaten und Angehörige des Geheimdienstes CIA möglich seien. Auch zu vermeintlichen Kriegsverbrechen in mutmasslich geheimen Gefangenenlagern der US-Streitkräfte ausserhalb von Afghanistan darf die Anklage nun offiziell ermitteln. Es ist

das erste Mal, dass es vor dem Gericht Ermittlungen gegen US-Bürger geben soll.

Zunächst hatte eine Kammer des Gerichts den Antrag der Anklage abgelehnt. Damals war die Argumentation, dass es kaum Aussicht auf eine Kooperation Afghanistans gibt und deshalb der Erfolg der Ermittlungen unwahrscheinlich ist.

Chefanklägerin Fatou Bensouda hatte die richterliche Zustimmung beantragt, um gegen Verantwortliche für Folter, willkürliche Tötungen, sexuelle Gewalt und andere Kriegsverbrechen vorzugehen, die

im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan seit 2003 verübt worden seien.

Bensouda will gegen mutmassliche Täter bei den Taliban und den afghanischen Streitkräften ermitteln. Aber auch US-Soldaten und Mitglieder des US-Geheimdienstes CIA sind im Visier der Anklage. US-Präsident Donald Trump hatte im Vorfeld mit Gegenmassnahmen gedroht. Die USA gehören dem Gericht ohnehin nicht an. Kurz vor der Entscheidung in erster Instanz verhängte Washington deshalb Visa-Sperren gegen Mitarbeiter des Ge-

richts. Chefanklägerin Bensouda wurde das Visum für die USA entzogen.

Der Internationale Strafgerichtshof verfolgt Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. 123 Staaten haben den Grundlagenvertrag des Gerichtes ratifiziert, die sogenannten römischen Statuten. Die USA, Israel und Russland sind nicht Mitglied. Ermittlungen beim Weltstrafgericht ziehen sich in der Regel über Jahre hinweg. Es ist nicht abzusehen, ob sie in diesem Fall auch zu Haftbefehlen oder einem Prozess führen werden.

Vietnam

Standhaft gegen China

In den Gebietsstreitigkeiten um das Südchinesische Meer demonstrieren die USA und Vietnam Geschlossenheit. Der US-Flugzeugträger «Theodore Roosevelt» ging anfangs März vor die vietnamesische Küstenstadt Da Nang vor Anker. Damit machen die USA deutlich, dass sie das Südchinesische Meer als internationales Gewässer verstehen. Genau dies entspricht dem vietnamesischen Verständnis.

China beansprucht praktisch das gesamte Südchinesische Meer für sich. Damit liegt

die Volksrepublik seit Jahren im Streit mit Ländern wie den Philippinen, Vietnam, Malaysia, Brunei und Taiwan. Vertreter Vietnams haben die Besatzung der «Theodore Roosevelt» begrüsst.

Es sei erst der zweite US-Besuch dieser Art seit dem Ende des Vietnamkriegs (1975), wie der US-Militärverband USNI erklärte. Der Politikwissenschaftler der australischen Universität New South Wales, Carl Thayer, hob hervor, die USA zeigten damit, dass sie die führende Seemacht im Westlichen Pazifik und im Südchinesischen Meer bleiben wollten.

Westafrika

Rückzug der USA aus der Region?

Die USA verlieren in Afrika einen heimlichen Wettbewerb. Gegen China, Russland, die Al-Qaida und den Islamischen Staat. Vor allem geht es um den Verlust der kulturellen Attraktivität, der ideologischen Leitziele sowie dem Einfluss über internationale Institutionen. Letztendlich eben verliert «der Westen» dadurch. Spürbar ist das reduzierte militärische Engagement der USA in Westafrika bereits jetzt. Während der zweiwöchigen Antiterrorübung «Flintlock 20» mit 1500 Soldaten aus 30 afrikanischen Ländern in Mauretanien und dem Senegal unter US-Anleitung zu Beginn des Jahres kamen etliche Klagen über den Rückzug der USA zum Vorschein. «Ohne Uncle Sam wird unsere Leistungsfähigkeit leiden. Es sind ja die Amerikaner, die uns ausbilden», so ein Offizier der nigerianischen Spezialkräfte. Das Hauptproblem: rasant steigende islamistische Anschläge. Laut dem UNO-Sondergesandten für die Sahelzone, Mohammed Ibn Chambas, verfünffachte sich die Zahl

der Angriffe in den letzten vier Jahren. Allein 2019 gab es mehr als 4000 Terrortote. Bedrohlich wird die Lage nun auch für die weiter südlich gelegenen Länder. Die Elfenbeinküste, Togo, Benin und auch Ghana (wo die USA eine Logistikkbasis betreiben) werden zunehmend von extremistischer Gewalt betroffen. Das Amerikanische Afrika-Kommando (AFRICOM) teilte deshalb Ende März dem Generalinspektor des Verteidigungsministeriums mit, dass es sich ab sofort nur noch auf die aktive Eingrenzung der allgemeinen Bedrohung fokussiert und seine Strategie der langfristigen Schwächung der Islamisten aufgegeben hat. Auch wenn die USA über 320 Millionen US-Dollar in den letzten beiden Jahren zu Gunsten der militärischen Ausbildung der G5-Truppen aus Burkina Faso, Mali, Niger, dem Tschad und Mauretanien ausgab, so kann diese 5000 Mann starke Einheit wenig gegen den Vormarsch der Islamisten ausrichten. Die strukturellen Probleme werden, so sind sich Experten einig, langfristig auch durch verstärkte Entwicklungs-



USS Theodore Roosevelt.

Bild: US Navy

hilfe nicht gelöst werden können. Derzeit könne man nur noch dem Beispiel des AFRICOM folgen und die Aggressoren aktiv eindämmen. Dies versucht Frankreich, welches weitere 600 Soldaten in die Region entsendete und damit seine bereits vorhandenen 5100 Kämpfer verstärkt. Bis Ende Sommer sollen weitere 400 Spezialkräfte aus verschiedenen Euro-Ländern im Rahmen von EU-Ausbildungsmissionen eintreffen und die lokalen Streitkräfte für den Kampf gegen Al Qaida, den IS sowie Boko Haram fit machen. Zusammen mit den etwas über 5000 US-Soldaten eine stattliche Anzahl, aber viel zu wenig



Taktische Wundversorgung im Training, Soldaten aus dem Tschad und Senegal.

Bild: AFRICOM

für das riesige Gebiet, in dem der Terror herrscht. Aus Paris hört man, dass alles auf Ge-

genseitigkeit beruht. Wenn die USA abbauen, kann Frankreich nicht im Alleingang über-

nehmen und wird sein Engagement mittelfristig ebenfalls zurückfahren. Dazu äussert sich der Kommandant von AFRICOM, Viersternegeneral Stephen J. Townsend, vage: «Es ist keine Option, die amerikanischen Verpflichtungen in Afrika ganz aufzugeben. Unsere Erfahrung, Ausbildung, Ausrüstung, Beratung sowie andere spezielle und einzigartige Fähigkeiten sind ein Vorteil, mit dem unsere Konkurrenten nicht mithalten können» und meint damit, dass sein Kampf gegen Terror letztendlich auch den chinesischen und russischen Einfluss auf dem Kontinent einschränkt.

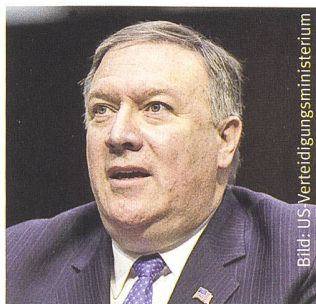
Geopolitik

«Der Westen wird gewinnen»

Der Westen wird nach Ansicht von US-Aussenminister Mike Pompeo den Konkurrenzkampf gegen autoritäre Staaten wie China oder Russland gewinnen. «Wir werden gewinnen – und wir werden das zusammen tun», sagte Pompeo am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar. Es sei falsch, vom Tod des transatlantischen Bündnisses zu sprechen. Freie und demokratische Länder seien erfolgreicher als andere.

Pompeo wies indirekt den Vorwurf von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zurück, dass die USA, ebenso wie Russland und China, die in-

ternationale Weltordnung mit egoistischem Verhalten gefährdeten. Im Gegenteil würden die USA eine entschlossene Haltung für internationale Zusammenarbeit einnehmen, sagte der US-Aussenminister. Organisationen wie die UN oder die WTO erwähnte Pompeo in seiner Rede allerdings nicht.



Mike Pompeo.

Bild: US-Verteidigungsministerium

Dafür sprach er davon, dass die Vereinigten Staaten die Organisation der amerikanischen Staaten stärken wolle und eine Koalition von 59 Staaten anführe, die den umstrittenen Präsidenten Venezuelas, Nicolas Maduro, aus dem Amt drängen wolle. Zudem kündigte Pompeo an, die «Drei-Meer-Initiative» mit einer Milliarde Dollar unterstützen zu wollen. Diese sieht vor, dass zwölf mittel- und osteuropäische Anrainerstaaten der Ostsee, des Schwarzen Meeres und des Mittelmeeres enger zusammenarbeiten.

Die USA würden zudem die Anti-IS-Allianz anführen, organisierten das grosse Militärmanöver «Defender Europa 20» und versuchten, den Ein-

fluss Russlands und Chinas in der Arktis und Zentralasien zu begrenzen, sagte Pompeo. Deshalb könne keine Rede davon sein, dass die US-Regierung keine internationale Verantwortung übernehme.

Erneut kritisierte der US-Aussenminister die Pläne für die Ostsee-Gaspipeline Nordstream II, die mehr russisches Gas nach Westeuropa bringen soll. Zudem warnte Pompeo vor einem «Hype» beim Thema Mobilfunknetze, wenn etwa der chinesische Netzwerkausrüster Huawei behauptete, dass seine Produkte besser als die der westlichen Konkurrenz seien. Huawei gehöre zu den «trojanischen Pferden» chinesischer Sicherheitsdienste, sagte er.

Indien

China in Schach halten

Angesichts zunehmender Machtansprüche Chinas wollen die USA Indien im Kampf für die Demokratie in der Region unterstützen. Freiheit und Offenheit im Bereich des Indischen Ozeans und des west-

lichen Pazifiks müssten «für unsere Kinder und viele, viele Generationen danach» gesichert werden, erklärte US-Präsident Donald Trump bei einem gemeinsamen Auftritt mit dem indischen Premierminister Narendra Modi im vergangenen Februar.

Trumps Rede in der westlichen Stadt Ahmedabad vor rund 100 000 Menschen in einem Cricket-Stadion markierte den Auftakt zu einem zweitägigen Staatsbesuch Trumps in Indien. Die ganze Stadt war gesäumt von Plakaten, die den US-Präsidenten mit Slogans

wie «Zwei starke Nationen, eine grosse Freundschaft» begrüßten. Tausende Schaulustige standen Spalier, um Trump willkommen zu heissen.

Pascal Kohler,
Henriette Schneider